

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Vorschlag einer Empfehlung des Rates vom 8. August 1977 über
Fluorkohlenwasserstoffe in der Umwelt
— Drucksache 8/894 —

A. Problem

Die weitere Verwendung von Fluorkohlenwasserstoffen für Sprays kann langfristig zu einer Schädigung der Ozonschicht mit möglicherweise schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit und die Umwelt führen.

B. Lösung

Der Empfehlungsvorschlag des Rates sieht deshalb vor

- die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der weiteren Forschung sowie die Intensivierung des Informationsaustausches,
- daß die betroffene Industrie nach Alternativprodukten sucht und die Entwicklung alternativer Hilfsmittel gefördert wird,
- daß die betroffene Industrie das Austreten der Chemikalien aus Apparaturen, die solche Stoffe enthalten, ausschließt,
- daß die Produktion der Chlorfluormethane F 11 und F 12 nicht mehr erweitert wird.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Über die bereits für die einschlägige Forschung zur Verfügung gestellten Mittel hinaus werden öffentliche Haushalte nicht belastet.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. von dem Empfehlungsvorschlag des Rates — Drucksache 8/894 — Kenntnis zu nehmen;
2. die Bundesregierung zu ersuchen, — sobald die Schädlichkeit wissenschaftlich nachgewiesen sein sollte — sich im Sinne der vorgeschlagenen Empfehlungen für die internationale Durchsetzung von Maßnahmen einzusetzen, die die Verwendung von Fluorkohlenwasserstoffen in Treibmitteln unterbindet.

Bonn, den 9. Dezember 1977

Der Innenausschuß

Dr. Wernitz	Volmer	Konrad
Vorsitzender	Berichterstatler	

Bericht der Abgeordneten Volmer und Konrad

Der Empfehlungsvorschlag des Rates der Europäischen Gemeinschaften wurde von der Bundesregierung mit Datum vom 9. September 1977 dem Deutschen Bundestag zur Unterrichtung zugeleitet und mit Schreiben des Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 28. September 1977 dem Innenausschuß federführend und dem Ausschuß für Forschung und Technologie mitberatend überwiesen.

Der Innenausschuß hat seine Beratung in der Sitzung am 7. Dezember 1977 abgeschlossen und dabei auch die Stellungnahme des Ausschusses für Forschung und Technologie vom 23. November 1977 in seine Überlegungen einbezogen.

In der Erkenntnis, daß die weitere Verwendung von Fluorkohlenwasserstoffen für Sprays langfristig zu einer Schädigung der Ozonschicht mit möglicherweise schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit und die Umwelt führen kann, begrüßt der Innenausschuß die von der Kommission vorgeschlagenen Aktivitäten.

Da es sich um ein weltweites Problem handelt, kann es auch nur international gelöst werden. Der Innenausschuß hat zur Kenntnis genommen, daß die Bundesregierung mit der Mehrheit der auf einer internationalen Konferenz über das Fluorkohlenwasserstoffproblem vom 26. bis 28. April 1977 in Washington vertretenen Regierungen die Absicht bekundet

hat, in Richtung auf eine Verminderung der Emissionen voranzuschreiten, wobei primär an eine freiwillige Umstellung der Industrie auf Spraydosen, mechanische Pumpen oder mit umweltfreundlichen Treibgasen gedacht ist. Nach intensiven Verhandlungen des Bundesministers des Innern mit der betroffenen Industrie kann davon ausgegangen werden, daß die Verwendung von Fluorkohlenwasserstoffen auf dem Aerosolgebiet bis 1979 um etwa 25 v. H., bezogen auf das Jahr 1975, verringert wird. Im übrigen hat die Bundesregierung ein umfangreiches Forschungsprogramm eingeleitet, um insbesondere wissenschaftlich fundierte Aussagen über die Beeinflussung des Ozongürtels der Erde zu erhalten, dessen Ergebnisse international zur Verfügung stehen werden.

Mit dem mitberatenden Ausschuß für Forschung und Technologie ist der Innenausschuß der Auffassung, daß die Bundesregierung ersucht werden soll, bei wissenschaftlich nachgewiesener Schädlichkeit sich im Sinne der vorgeschlagenen Empfehlungen für die internationale Durchsetzung von Maßnahmen einzusetzen, die die Verwendung von Fluorkohlenwasserstoffen in Treibmitteln unterbindet. Der Innenausschuß schlägt eine entsprechende Entschliebung vor und empfiehlt im übrigen Kenntnisnahme von dem Kommissionsvorschlag.

Bonn, den 9. Dezember 1977

Volmer	Konrad
Berichterstatler	